

# i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 2/2023

17. Mai 2023



## Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Maßnahmen gegen Corona sind mittlerweile ausgelaufen. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat die Pandemie im April für beendet erklärt. Trotzdem ist unser Leben bei weitem nicht unbeschwert. Andere Probleme bestimmen unseren Alltag: die hohe Inflation, vor allem durch gestiegene Energie- und Lebenshaltungskosten, der nach wie vor andauernde russische Angriffskrieg und die damit im Zusammenhang stehenden hohen Geflüchtetenzahlen, aber auch der Klimawandel und die Notwendigkeit, dagegen vorzugehen.

Dennoch dürfen wir nicht versäumen, die Pandemie umfassend aufzuarbeiten, um zukünftig besser auf Krisen vorbereitet zu sein. Im Stuttgarter Landtag wurde dafür eine Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ eingerichtet. Sie soll über alle Handlungsfelder hinweg Lehren für kommende Krisen ziehen und die politischen Rahmenbedingungen entsprechend gestalten. Allerdings hat die Landesregierung hier die zwischen allen Fraktionen beschlossene Anhörung der betroffenen Verbände, Gewerkschaften und Organisationen gestrichen. Das ist ein unsägliches Vergehen! Ausgerechnet die Menschen, die während der Pandemie für uns als Gesellschaft den Kopf hingehalten haben, sollen nun nicht mehr gehört werden. Lehren für die Zukunft lassen sich jedoch nicht allein mit professoraler Expertise erarbeiten, ohne dass die Menschen an der Basis zu Wort kommen. Das wird negative Auswirkungen auf die Enquete haben. Zudem halte ich es für einen Mangel an Respekt vor der Leistung, die in den unterschiedlichen Bereichen während der Pandemie im ganzen Land erbracht wurde. Leider reiht sich dieses Vorgehen in eine unrühmliche Reihe ein, wie der gescheiterten überparteilichen Einsetzung der Enquete oder

die Weigerung der Landesregierung, das Corona-Chaos in Schulen, Kitas und Universitäten zu einem der Handlungsfelder in der Kommission zu machen.

Und auch der inzwischen deutlich spürbare Fachkräftemangel in allen Bereichen belastet unsere Gesellschaft. Und das wird in den nächsten Jahren nicht besser: Bis 2034 geht in Baden-Württemberg ein Drittel der Beschäftigten in den Ruhestand. Bundesweit wird ein Erwerbspotential von vier bis fünf Millionen Menschen fehlen. Das heißt, wir müssen alle Potentiale nutzen, um unsere Wirtschaft, aber auch unser Gesundheits- und unser Bildungssystem und unsere Verwaltungen mit gut ausgebildeten Arbeitskräften zu versorgen. Wir müssen dafür sorgen, dass kein Jugendlicher mehr ohne Berufs- oder Studienabschluss bleibt. In der Altersgruppe der 20- bis 35-Jährigen verfügen gut 15 Prozent über keinen Berufsabschluss. Das ist zu viel! Außerdem müssen wir Frauen ermöglichen, Beruf und Familie besser unter einen Hut zu bringen. Dafür braucht es gute Ganztagsangebote an Kitas und Schulen. Und auch eine gesteuerte Zuwanderung ist nötig. Unsere Behörden müssen sich endlich umstellen und ihr bisher eher auf Abwehr ausgerichtetes Handeln in eine echte Willkommenskultur für Arbeitskräfte umwandeln. Gezielte Qualifikationsmaßnahmen und ein Weiterbildungsfonds müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fit machen für die Transformation unserer Wirtschaft und den zukünftigen Arbeitsmarkt. Digitalisierung und Entbürokratisierung können helfen, Prozesse zu beschleunigen und damit mehr Menschen für den Arbeitsmarkt zu gewinnen. Doch dazu muss Grün-Schwarz endlich die richtigen Weichen stellen und vor allem handeln und sich nicht weiterhin hinter Finanzierungsvorbehalten und schlechter werdenden Steuerschätzungen verschanzten. Wo ein politischer Wille ist, ist auch ein Weg – und den muss die Landesregierung jetzt endlich gehen.

Ich wünsche Euch auch heute eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

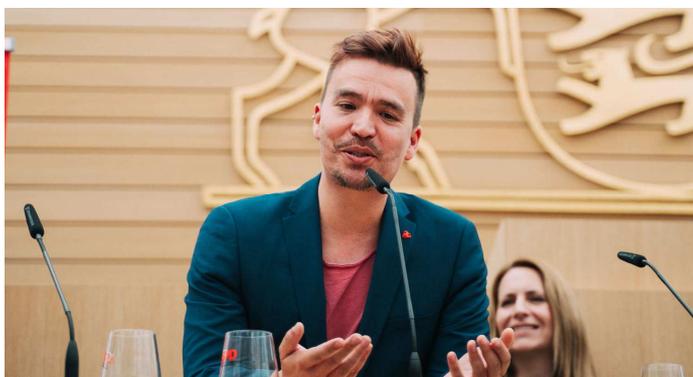
## Bildungsgipfel: Wie sieht die Schule der Zukunft aus?



### „Wer Bildung nicht ganz nach vorne stellt, der stellt alle Zukunftsfragen zurück“

Am 12. Mai veranstaltete die SPD-Landtagsfraktion einen landesweiten Bildungsgipfel zum Thema „Wie sieht die Schule der Zukunft aus?“, den ich gemeinsam mit den Bildungspolitikerinnen und –Politikern meiner Fraktion initiiert habe. Über 300 Teilnehmende aus Schulen, Wissenschaft und Politik, auch aus dem Landkreis Heidenheim haben im Stuttgarter Landtag gemeinsam konstruktiv darüber diskutiert. Von der großen Resonanz und der lebhaften Diskussion war ich sehr beeindruckt. Dass der Plenarsaal bei unserem Bildungsgipfel aus allen Nähten geplatzt ist, zeigt, dass die Zukunft unserer Schulen ganz viele Menschen im Land bewegt.

Natürlich müssen wir die alltäglichen Herausforderungen der Schulen wie Lehrermangel, schlechte digitale Ausstattung oder marode Schulgebäude lösen. Das sehen wir vor Ort an den Schulen ja tagtäglich. Aber wir dürfen dabei nicht aus dem Auge verlieren, welche Ziele Bildung hat – und wie sich Bildung entwickeln muss, wenn sich unsere Welt immer weiterentwickelt. Wer Bildung nicht ganz nach vorne stellt, der stellt alle Zukunftsfragen zurück.



Lehrer, Podcaster und Autor Bob Blume

Lehrer, Podcaster und Buchautor Bob Blume legte seine Meinung dar, dass Kinder an den Schulen heute vor allem mit dem Problem konfrontiert seien, dass es vom Zufall abhängt, ob man eine gute Schulzeit

hat oder nicht. Seine Forderung an die Schule der Zukunft ist, dass kein Kind zurückbleiben darf.

Der Bildungs- und Sozialökonom Dr. Dieter Dohmen stellte die Ergebnisse der Schulleitungsstudie 2023 »Schule stärken – Digitalisierung gestalten« vor. Kernbefund war, dass Schulleitungen ihre Schulen verändern und zukunftsfähig machen wollen. Aus ihrer Sicht sind Fachkräftemangel, Digitalisierung des Unterrichts und Ausstattung der Schulen dabei die größten Zukunftsherausforderungen.



Bildungs- und Sozialökonom Dr. Dieter Dohmen

Bildung muss und soll Menschen befähigen, in einer immer komplexer werdenden Welt auf einem stabilen Fundament zu stehen und ein selbstbestimmtes Leben als aktives Mitglied unserer Gesellschaft zu führen. Aber eine Schule von gestern kann heute nicht mehr funktionieren und sie kann schon gar nicht auf das Morgen vorbereiten. Die SPD-Landtagsfraktion wird die Ideen des Bildungsgipfels bündeln, aufbereiten und ihre Schlussfolgerungen veröffentlichen. Weil nicht alle Interessierten beim Bildungsgipfel im Landtag dabei sein konnten, wurde ein Podcast aufgezeichnet. Dieser kann nun auch bequem von zuhause nachgehört werden unter: [www.spd-landtag-bw.de/podcast](http://www.spd-landtag-bw.de/podcast)



Fotos: SPD-Landtagsfraktion

## Frauen- und Kinderschutz

In der 59. Sitzung des Landtags am 8. März, dem Internationalen Frauentag, wurde der Gesetzentwurf der SPD zur Förderung der Frauen- und Kinderschutzhäuserinfrastruktur in Zweiter Beratung im Plenum diskutiert.

Die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion **Dr. Dorothea Kliche-Behnke** lobt die hervorragende Arbeit in den Frauenhäusern im Land. Es sei wissenschaftlich bewiesen, dass Frauenhäuser die Gewaltspirale durchbrechen können. Jeder Euro, der hier investiert werde, kommt der Gesellschaft ökonomisch mehrfach wieder zugute. Allerdings sei Baden-Württemberg auf diesem Gebiet eher eines der Problemländer im Bund. Die Rückmeldungen aus den Frauenhäusern seien eindeutig: Das Personal arbeite am Anschlag und es gebe viel zu wenige Plätze. Es fehlen im Land 650 Frauen- und 1.100 Kinderplätze, um den Anforderungen der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu genügen. Problematisch sei die Finanzierungsstruktur. Es gebe keine einheitliche Regelung der Tagessätze und große Unterschiede der Versorgungssituation von Landkreis zu Landkreis. So gebe es bis heute Landkreise, in denen es kein einziges Frauenhaus gebe. Die Lage sei dramatisch und erfordere politisches Handeln. Die grün-schwarze Landesregierung habe sich entschieden, hier wieder einmal mehr nur auf den Bund zu verweisen, anstatt durch Landeszuschüsse auch selbst Verantwortung zu übernehmen. „Wenn Sie in solch einem zentralen sozialpolitischen Feld wie dem Frauenschutz die Verantwortung nur auf den Bund und die Landkreise verschieben, dann stellt sich die Frage, warum wir eigentlich ein Sozialministerium in Baden-Württemberg brauchen“, hinterfragte Kliche-Behnke. Mit dem vorliegenden Entwurf eines Fördergesetzes will die SPD den Ausbau der Infrastruktur und eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Frauen- und Kinderschutzhäuser, um die Finanzierung für die Träger zu sichern und die Kommunen zu entlasten.

*Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.*



Dr. Dorothea Kliche-Behnke

Foto: Landtag Baden-Württemberg

## Was tun gegen Fachkräftemangel?

In der 63. Landtagssitzung am 20. April thematisierte die SPD-Fraktion im Rahmen einer Aktualen Debatte den akuten Fachkräftemangel und forderte von der Landesregierung eine Fachkräfteoффensive (Auszug aus meiner Rede)

Laut Zahlen des Instituts der deutschen Wirtschaft gab es 2022 bundesweit über 630.000 offene Stellen. In zwölf Jahren werden allein in Baden-Württemberg über 860.000 Fachkräfte fehlen. Das ist nicht neu. In den Reden von Grün-Schwarz ist das Thema angekommen, in der Politik noch nicht. Dabei gibt es durchaus Handlungsmöglichkeiten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine essentielle Maßnahme. Die Frauenerwerbsquote im Land ist durch ein jahrzehntelanges Versäumnis gerade konservativ geführter Regierungen nicht da, wo sie sein müsste. Nicht nur gleichstellungs-, familien- und bildungspolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch sind Ganztagsstrukturen in Kita und Schule eine Notwendigkeit.

Gleiches gilt für das Thema Qualifizierung: Nach Zahlen der Agentur für Arbeit haben wir im Land ein nicht gehobenes Potential von deutlich über 100.000 Vollzeitstellen durch Aus- und Weiterbildung Ungelernter und durch Verminderung von Ausbildungs- und Studienabbrüchen. Die SPD hat in den vergangenen Jahren Vorschläge gemacht, einen Weiterbildungsfonds und eine Ausbildungsgarantie gefordert. Doch die Landesregierung hat stattdessen im letzten Haushalt die Mittel für die IHK-Ausbildungszentren reduziert.

Es ist auch unumstritten, dass wir auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen sind. Doch seit Jahren gibt es einen massiven Stau bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen. Allzu oft agieren Ausländerbehörden immer noch wie Ausländerabwehrbehörden. Die Bundesregierung hat mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz ein wichtiges Zeichen gesetzt. Das Chancenaufenthaltsrecht verhindert, dass Menschen abgeschoben werden, die wir dringend auf dem Arbeitsmarkt brauchen. Allein in Baden-Württemberg könnten bis zu 25.000 Menschen davon profitieren. Doch weder gibt es Info-Kampagnen oder flankierende Verwaltungsvorschriften.

Und schaffen Sie endlich die unsinnigen Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer ab! Wir haben jetzt schon zehn Prozent weniger Studierende aus dem Ausland und anderswo steigen die Zahlen.

Ich rate der Landesregierung dringend, den Fachkräftemangel ernst zu nehmen. Er kann unser Land lähmen, seine Zukunft gefährden und seine Ziele vereiteln.

## Aus dem Wahlkreis

### Besuch Polizeirevier Giengen



Bei einem Wahlkreisbesuch auf dem Polizeirevier Giengen tauschte ich mich mit dem neuen Leiter Stephan Fritz über die aktuelle Lage aus. Der Personalmangel sei auch in Giengen spürbar, berichtete der Erste Polizeihauptkommissar. Gerade der Nachwuchs fehle trotz besserer Besoldung und schnellerer Aufstiegschancen und die Besetzung der drei Posten in Gerstetten, Herbrechtingen und Sontheim/Brenz sei nicht immer einfach. „Zum Glück können wir das intern ausgleichen, weil unsere Mannschaft hier hochmotiviert ist und mitzieht.“ Dass das allerdings kein Dauerzustand sein und nicht auf Kosten der Gesundheit der Beamten gehen dürfe, ist klar. Meines Erachtens ist die heutige Situation auch Ergebnis der Einstellungslücke, die Anfang der 2000er Jahre von der damaligen CDU-geführten Landesregierung aus Einspargründen entstanden ist. Denn es ist genau diese Altersgruppe zwischen 35 und 45, die jetzt vor allem für die Ausbildung und Einarbeitung des Nachwuchses fehlen. Für problematisch halte ich die allgemein sinkende Akzeptanz gegenüber staatlichem Handeln insgesamt, aber insbesondere auch gegenüber den Blaulichtorganisationen. Hier gilt es, als Gesellschaft ein klares Stoppzeichen zu setzen und die zu schützen, die uns schützen. Fritz wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch Mitarbeitende mit Migrationshintergrund in seinem Team seien, was die Kommunikation in manchen Konstellationen erheblich erleichtere. Hinsichtlich des Freiwilligendienstes bei der Polizei waren wir uns einig, dass gute Arbeit unbedingt einer guten Ausbildung bedürfe. Deswegen werden diese Kräfte nur punktuell und hauptsächlich für verkehrsregelnde Maßnahmen eingesetzt. Stephan Fritz betonte abschließend, dass wir dringend gut ausgebildete und motivierte Polizistinnen und Polizisten brauchen, um die immer schwieriger werdenden Aufgaben gut erledigen zu können.

### Austausch mit dem VdK

Mit der bundesweiten Kampagne #naechstenpflege macht der VdK verstärkt auf die Pflege durch Angehörige aufmerksam. Deshalb traf ich mich mit dem Kreisvorstand Heidenheim zu einem informativen Austausch. Rund 80 Prozent der über vier Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland werden zuhause von Angehörigen und ambulanten Pflegediensten versorgt, in Baden Württemberg ca. 378.000 Menschen. Im Landkreis Heidenheim betrifft das nach neuesten Zahlen rund 5.500 Menschen, berichtete Wolfgang Klook. Die Pflege durch Angehörige sei enorm wichtig und werde angesichts des demografischen Wandels in Zukunft immer wichtiger für die Versorgung von Pflegebedürftigen werden, waren wir uns einig. Doch das politische Augenmerk liege zu stark auf der stationären Pflege, deshalb fordert der VdK, dass der Fokus mehr auf die häusliche Pflege gelenkt werde. Die Erhöhung des Pflegegeldes habe 2017 letztmalig stattgefunden und sei mit fünf Prozent ein Tropfen auf den heißen Stein beim derzeitigen Preisverfall von 14 Prozent. Angehörigenpflege müsse denselben gesellschaftlichen Stellenwert wie Kindererziehung erhalten. Deswegen fordert der VdK das Anrecht auf einen Tages- oder Kurzzeitpflegeplatz für jeden Pflegebedürftigen. Hier sehe ich das Land in der Pflicht, den Ausbau dringend voranzutreiben. Deshalb hat meine Fraktion im Landtag einen Antrag gestellt, mehr Mittel für Kurzzeit- und Tagespflege bereitzustellen, was von den Regierungsfractionen allerdings abgelehnt wurde. Eine Kleine Anfrage, die ich jüngst ans Sozialministerium stellte, hat gezeigt, dass nur 34 Prozent der Kurzzeitpflegeplätze im Kreis auch tatsächlich für Kurzzeitpflege genutzt werden.



### Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL  
Redaktion: Danjela Folberth  
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim  
Tel.: 07321/ 4 00 80  
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de  
Internet: www.andreas-stoch.de